

Gret/chen/afrage ungelöst

Der Protest von FridaysforFuture bewegt seit einem Jahr die Öffentlichkeit und offenbart dabei die Widersprüche zwischen klimapolitischen Erfordernissen und marktwirtschaftlicher Rationalität

Parallel zu den größten Demonstrationen seit Jahren verabschiedete die Regierungskoalition Ende September ihr „Klimapaket“. Die anfängliche abfällige Redeweise über FFF, dass „Klimaschutz was für Profis“ (Lindner, FDP) sei, ist passé, vielmehr bezieht sich die Politik unmissverständlich positiv auf FFF mit entsprechender Anerkennung durch fast alle Parteien. Von höchster Stelle, von der Bundeskanzlerin, ist auf dem UN-Klimagipfel im September zu hören, der „Weckruf der Jugend“ (welt.de) sei erhört worden – und aus Berlin wurde nachgelegt: „Wir haben verstanden!“. Die Klimabewegung erfährt von Amts wegen Bestätigung: sie habe etwas angebahnt, was die Politik beeindruckt hat.

Ein ziemlicher Schwenk, wenn man bedenkt, wie die Kanzlerin noch im Frühjahr die Protestbewegung FFF verunglimpfte und in Verbindung mit „hybrider Kriegsführung etwa durch Russland“ (taz.de) brachte. Das augenblickliche Einvernehmen ebenso wie die frühere Ablehnung zeigen, dass die Behandlung des Protests ganz in der Entscheidungsbefugnis der Regierenden liegt. Ob die Sache gebilligt ist oder keine Beachtung findet, darüber befindet die Politik mit ihren Kalkulationen. Die Politik lässt sich zu nichts nötigen. Die Zustimmung der Politik heißt eben nicht, Forderungen zu übernehmen. Sie zählt nichts, eher verweist sie auf die Benutzung *durch* die Politik. Ihre Aufnahme ist die Weise, wie das Anliegen abgewiesen wird. Das hat FFF noch am Tage der

großen Demos mit der Verabschiedung des „Klimapakets“ erfahren müssen, welches die Protestbewegung als „absolut unzulänglich“ und „politische Bankrotterklärung“ (fridayforfuture.de) registrierte.

Worte und Taten der Politik

Prompt wird der Vorwurf der Bewegung an die Politik aufgebracht, es würde nur geredet und kaum etwas getan. Aber: Auch wenn Politiker_innen nur reden, erzielt das eine Wirkung. Festzustellen ist, dass der Kanzlerin schon über Jahre das Prädikat „Klimakanzlerin“ angeheftet wird, sie auch ein „Menschheitsproblem“ lösen will. CSU-Söder nennt den Klimaschutz ein „urkonservatives, bayrisches“ Ansinnen; er kündigt eine deutsche „Revolution“ an, dazu warnt gleichzeitig vor einem neuen Aufkommen der „sozialen Frage“ (faz.de). Die Grünen wollen den „Klimaschutz im Grundgesetz verankern“ (mdr.de) etc. Sogar in der AfD überlegt man, ob man das Thema nicht irgendwie besetzen kann.

Es ist bei vielen Staaten auf der Agenda. Die Gret/chen/afrage „Wie hältst du es mit dem Klimaschutz?“ ist der geltende Gradmesser, für das, was in der Gesellschaft thematisiert wird. FFF wendet sich an die Mächtigen, die mit dem, was sie sagen, ihren Anspruch auf Zuständigkeit untermauern. Einfach einen Vorschlag der Jugend aufzunehmen, den die für sehr wichtig hält, wäre ja ‚Populismus‘ und der ist verpönt. Angesagt wird von oben, was für befassungswürdig erachtet wird. Die Poli-

tiker_innen wollen kein Thema anderen überlassen. Ihnen geht es bei dem, was in der Öffentlichkeit diskutiert wird, um die Meinungshoheit über allen anderen – auch abwegigen – Meinungen, die sie mit ihrer erlaubten Meinungsfreiheit freigesetzt haben.

Damit wird der Anspruch ausgesprochen: Politik muss nicht überzeugen, sondern besitzt Führerschaft. Wobei der Gegensatz in der Sache beibehalten wird. Politik will den Klimaschutz nach ihren Notwendigkeiten in die Praxis umsetzen. Nun hat die Politik wohl ein eigenes Defizit erkannt, nämlich: dass der Protest so etwas wie den Letztbegründungsanspruch zum Klimaschutz stellt. Das geht gar nicht, denn die Politik will die Vorgaben dazu machen, wie das geschieht. Immerhin hat man monatelang diskutiert, wie Klimaschutzziele auszusehen haben.

Was soll passieren? Wie schnell und bei wem? Dass die Politik in der Klimafrage FFF ein „verstanden“ signalisiert, heißt nicht, dass sie die Forderungen der Bewegung übernimmt. Vielmehr heißt das: Unsere Aufgabe muss es sein, die Sache selber wieder in die Hand zu nehmen. Das von FFF kritisierte „sie reden nur“ ist ein wichtiger Baustein der Steuerung und Prägung der öffentlichen Meinung. Es geht um wichtige Maßgaben, die zu beachten und ausschließlich der Politik zu überlassen sind. Wenn die politischen Gestalter_innen einen Meinungsaustausch initiieren, lebt er davon, dass von ihm nichts, jedoch alles von ihrem

Machtwort abhängt. Wirksames politisches Handeln ist angesagt, das für die Lebensumstände der Menschen verantwortlich ist. So erhalten gegensätzliche Interessen ihre Verlaufsform. Das Verhältnis von Machern und Betroffenen, also von Regierung und Regierten, kommt in der öffentlichen Auseinandersetzung zum Tragen, mit dem Klimapaket sind die Forderungen von FFF bedeutungslos. Es hat schon etwas Tragisches: Da bringt FFF große Demos zustande und zugleich beschließt die Regierung ein Klimapaket, das FFF als Politikversagen einordnet. So zeigt der Satz der Kanzlerin „Politik ist die Kunst des Möglichen“ unmissverständlich, was hoheitliche Politik heißt.

Berufung auf moralische Höchstwerte

Der Protest macht das Interesse nach annähernd erträglichen klimatischen Bedingungen vorstellig. Dabei bleibt es jedoch nicht, denn zu dem Interesse gesellt sich ein weiteres Anliegen, das sich auf eine viel höhere Sache bezieht. Es ist mittlerweile durchgesetzt, nicht nur ein Interesse vorzutragen; das zieht nicht, vielmehr wird sich auf etwas fiktiv Allgemeines bezogen. Das soll für das Interesse unverzichtbar sein, es geradezu rechtfertigen. Das sorgt für Gehör und eventuell für Erfüllung des Anliegens.

Klimafrage = Menschheitsfrage

So kommen die höchsten Werte überhaupt ins Spiel: „Menschheit“, „Planet“ etc., deren Untergang drohe. Zur Rettung der „Menschheit“ wird aufgerufen. So vermeidet dieses Verfahren tunlichst, die Sache nach sauberer Atmosphäre mit erträglichem Klima nur einem profanen, gar eigennützigem Interesse zuzuordnen. Ein der Politik nicht unbekanntes Verfahren, was FFF auch anwendet. „Wir haben alle nur eine Erde“ (Merkel, zeit.de)

oder „No Planet B“ (Fridayfor-Future.at) liegen auf einer Linie; ähnlich „Menschheitsaufgabe“ (Merkel, welt.de), „Menschheitsfrage“ (Schulze, bmu.de), „Auslöschung der Menschheit“ (extinction rebellion.de). Bezug zu nehmen auf ein höheres Anliegen, soll der eigenen Position ein viel größeres Gewicht verleihen.

Genau das bringt auch die Politik in Anschlag, wenn es darum geht, unterschiedliche, sich ausschließende Interessen unter `einen Hut` zu zwingen. Beim Bezug auf ein `sauberes` Klima konkretisieren sich Abstrakta wie „Menschheit“ sehr schnell im Hinblick auf Interessen, welchen einige nachgehen, wodurch andere das Nachsehen haben. So haben z. B. die Fabrikeigentümer weniger Kosten, wenn sie die Atmosphäre als günstige Mülldeponie für ihren CO₂-Ausstoß nutzen. Andererseits werden durch die Folgen des Klimawandels (Verwüstung, Überschwemmungen etc.) Millionen Menschen gezwungen, ihren Lebensmittelpunkt zu verlassen.

Schmilzt das Eis der Nordwest-Passage, machen Reeder durch Einsparung Tausender Kilometer Zusatzgewinne. Bei „Extremwetterlagen“ und ihren Folgen wittern die Versicherungsgesellschaften ein neues Geschäftsfeld, was sich in der Verteuerung von Versicherungsbeiträgen niederschlägt. In Europa hat „das Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, wie hitzebedingte Sterblichkeit“ (klimahohegrenzen.de).

Klimaschutz: Motor der Marktwirtschaft

Alles ist weiterhin, so der politische Konsens, durch die Brille der marktwirtschaftlichen `Vernunft` zu sehen. Die Umkehrung, einfach Klimaschutz zu machen, kommt nicht in Frage. Das wäre für die Marktwirtschaft schlicht eine nicht zu verantwortende

Kostenbelastung, die den Standort gefährden und den Konkurrenzvorteil auf dem Weltmarkt zunichte machen würde.

Wenn Wirtschaftsminister Altmaier sich um die Atmosphäre sorgt, dann ist das Heilmittel fürs Klima die „strategische Industriepolitik“ (tagesspiegel.de), die sich im Verhältnis zu anderen Staaten und ihren Standortverwaltern Vorteile im „Verdrängungswettbewerb“ (daswirtschaftslexikon.de) verschafft. „Klimaschutz ist nicht nur die ökologische Schicksalsfrage“ (gruene.de), sondern auch Maßstab für die Zukunftsfähigkeit „unserer Wirtschaft“, so steht es im „Klimaschutz-Sofortprogramm“ der Grünen. Nur wenn der „Übergang zu einer kohlestofffreien und ressourcenleichten Wirtschaft gelingt“ und der Warenstrom „Made in Germany“ wachstumsmäßig eine „international erfolgreiche Marke“ bleibt, ist der Industriestandort gesichert. Dazu gehören selbstverständlich „zukunftsfähige Arbeitsplätze“.

Die Partei, die durch FFF einen erheblichen Stimmenzuwachs erfahren hat, trägt so ihr Anliegen vor, der deutschen Wirtschaft weiterhin die Rahmenbedingungen zu liefern, international erfolgreich zu sein. Andere Wirtschaftssubjekte auf dem Globus sollen ausgestochen und damit zu Verlierern gemacht werden, der eigene Standort mit seinen Ablegern in der globalisierten Welt ist das Mittel des Vorankommens der Ökonomie und damit auch der Macht des Staates. Klimaschutz, also ein international verbindliches Vorschriftenwesen für Energieerzeugung, Mobilität etc., spielt dabei eine entscheidende Rolle. So bleiben „die Verursacher des Klimawandels bis auf Weiteres auch dessen Profiteure“ (sueddeutsche.de).

F. BERNHARDT, R. GOSPODAREK
Ruhesdändler